

„Als ETH-Absolvent in der Politik“

Von Kaspar Villiger (März 1992)

Kann sich ein ETH-Absolvent in der Politik zurechtfinden? Kann jemand, dem naturwissenschaftliche Präzision und nüchterne Logik das Denken massgeblich geformt haben, den oft verschlungenen Pfaden der Politik folgen?

Die Antwort auf diese Fragen lautet ganz klar: ja. Man sollte sich davor hüten, einem Zerrbild der Politik zum Opfer zu fallen. In Wirklichkeit ist Politik keineswegs eine irrationale Angelegenheit. Sie hat allerdings ihre eigene Rationalität:

Politik befasst sich mit der „polis“, mit dem Staatswesen, mit einer lebendigen und sich weiter entwickelnden Gesellschaft. Staatswesen und Gesellschaft bilden ein dynamisches System, in dem sich die verschiedensten Elemente wechselseitig beeinflussen. Auch dieses System funktioniert nach Regeln, genauso wie technische Systeme. Allerdings organisiert sich die menschliche Gesellschaft nicht nach naturwissenschaftlichen Grundsätzen. Die Regeln, die unser Zusammenleben bestimmen, sind anderer Art. Sie sind abhängig vom geschichtlichen Umfeld, in dem wir uns bewegen, und von den ethischen und politischen Grundwerten, denen wir verpflichtet sind.

Gefragt sind klare Konzepte

Für viele ist Politik etwas, das meilenweit von der kühlen Rationalität der exakten Wissenschaften entfernt ist. In öffentlichen Kundgebungen und zu Hause am Fernsehbildschirm wird Politik meistens erlebt als markante Rhetorik, als Machtkampf, in dem (fast) alle Mittel erlaubt sind, vielleicht sogar als gewalttätige Kundgebung lautstarker Demonstranten. Eher selten erscheint sie im Gewand des abgeklärten Gesprächs und der rationalen Auseinandersetzung im Dienste der Sache.

Wer sich mit Politik befasst, der muss über klare Vorstellungen und Konzepte verfügen, denn es geht ja darum, zielgerichtet zur Gestaltung unserer Gesellschaft beizutragen. Die Rahmenbedingungen unserer Volkswirtschaft festzulegen oder eine optimale und gleichzeitig tragbare Sozialpolitik zu formulieren, erfordert sehr viel Expertenwissen und einen Gesamtüberblick über die vielfachen Wechselbeziehungen in einer modernen Gesellschaft. Die Regeln, nach denen sich Wirtschaftssubjekte in einem freien Markt verhalten, müssen ebenso berücksichtigt werden wie beispielsweise das urmenschliche Bedürfnis nach sozialer Geborgenheit und Einbettung in eine Gemeinschaft. Gleichzeitig müssen für die Verwirklichung politischer Vorhaben rationale Argumente entwickelt werden, mit denen das Volk und andere politische Entscheidungsträger zur Mitwirkung gewonnen werden können.

Politik als Kunst des Möglichen

Nicht immer kann jene Problemlösung, die rein „technisch“ betrachtet als optimal erscheint, durchgesetzt werden. Manchmal sind es sachliche Voraussetzungen, die für ihre Verwirklichung nicht gegeben sind, beispielsweise das Vorhandensein ausreichender Mittel; manchmal spielen emotional gefärbte Widerstände oder auch unvereinbare Interessengegensätze in die Entscheidungsfindung hinein. Die Auseinandersetzungen um die Kernenergiepolitik zum Beispiel zeigen sehr deutlich die Grenzen einer rein rational-technischen Denkweise in der politischen Diskussion.

Der Politiker muss diesem Umstand Rechnung tragen. Für ihn geht es darum, nicht nur technisch machbare, sondern auch politisch akzeptable und von der Gemeinschaft mitgetragene Lösungen zu finden. Dafür braucht es Intuition und das dauernde Gespräch mit breiten Bevölkerungskreisen. Dieses Wechselspiel von Rationalität und Intuition hat mich immer wieder fasziniert. Es widerspiegelt die ganzheitliche Dimension des Menschen. Natürlich bin ich der Auffassung, dass politische Entscheide auf keinen Fall allein der Intuition oder gar dem Zufall überlassen werden dürfen. Es ist deshalb eines meiner wichtigen Anliegen, soviel Rationalität in die politische Debatte einzubringen wie möglich. Die Suche nach Problemlösungen muss von der Sache her begründet sein. Ich habe mich immer wieder gegen die Tendenz gewendet, um der Effekthascherei willen vordergründig attraktive Vorschläge zu unterstützen, die vielleicht populär, der Sache letztlich aber wenig adäquat und dienlich sind.

Unsere Gesellschafts- und Staatsordnung mitzugestalten, die Interessen des Volkes und des Landes wahrzunehmen, dies sind die Beweggründe, die mich in die Politik geführt haben. Ich halte es für eine vordringliche Aufgabe, das Bewusstsein für die Grundsätze und die Wertvorstellungen, die unser Land über die Jahrhunderte gestalteteten, wieder zu stärken.

Sind 700 Jahre genug?

Die 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft gibt uns Gelegenheit, uns auf diese Grundwerte zu besinnen. Und da haben wir einigen Grund, stolz zu sein. Die Tatsache, dass in unserem Land vier Sprachgruppen und zahlreiche Minderheiten seit Jahrhunderten ein funktionierendes Staatswesen bilden, ist alles andere als selbstverständlich. Sie ist auf eine ganz besondere politische Kultur zurückzuführen: auf ein rationales Grundverhalten, den Willen zur Nation, der gekoppelt ist mit der intuitiven Rücksichtnahme auf den anderen, die ihre Ausprägung findet im durchdachten System der Machtteilung, das dem schweizerischen Föderalismus und der direkten Demokratie zugrunde liegt.

Wo können Interessenskonflikte besser ausgeglichen, wie können kulturelle und regionale Gegensätze besser überbrückt werden als mit einem politischen Entscheidungsprozess, der die Macht des Zentralstaates über das Zweikammersystem und das Ständemehr bändigt und dem Bürger mit dem Initiativ- und Referendumsrecht jederzeit das letzte Wort lässt? Nicht immer entspricht der politische Alltag dem Idealbild, das wir uns von unserem Staat machen. Als ehemaliger Student der Naturwissenschaften bin ich damit vertraut, zwischen idealisierten Theoriemodellen und der Praxis zu unterscheiden. Wenn der gemessene Wert infolge komplexer diffuser Einflüsse nicht hundertprozentig mit dem theoretisch errechneten Wert übereinstimmt, heisst das nicht, dass gleich das ganze Modell in Frage gestellt werden muss.

Solche diffuse Einflüsse, die sich der Berechenbarkeit entziehen, sind auch in der Politik nicht zu vermeiden. Sie hindern mich nicht daran, mich in meinem Amt als Bundesrat mit Entschlossenheit für die schweizerische Staatsidee und für das Wohl unseres Landes einzusetzen: **700 Jahre sind nicht genug!**

Quelle: GEP-Bulletin 166, März 1992, Sondernummer zur Erinnerung an die 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft anno 1991, Seiten 8 / 9. Dieser Text wurde vom ETH-Alumni Ehrenmitglied Kaspar Villiger verfasst – die Ansichten des Autors müssen sich nicht mit denjenigen des Projektteams von ETHistory decken.